



Gemeinsame Pressemitteilung

Berlin, 25.11.2022

Baukrise vermeiden – Zukunftsinvestitionen anreizen

Bauverbände und Handwerk fordern Maßnahmen zur Stabilisierung der Baukonjunktur

Der russische Krieg gegen die Ukraine droht Deutschland und Europa in eine Wirtschaftskrise zu stürzen. Anders als in vergangenen Krisen ist der Bausektor mit rund 2 Millionen Beschäftigten und 400 Milliarden Euro Bauvolumen aktuell ebenfalls von deutlichen Rückgängen betroffen. So waren im September 2022 laut ifo-Institut bereits 17 % der Wohnungsbauunternehmen von Stornierungen betroffen. Ein ähnliches Bild zeichnen die Auftragseingänge im Wohnungsbau, welche im August real um 24 % gegenüber dem Vorjahresniveau sanken.

Wie dem Einbrechen der Baukonjunktur entgegengewirkt und eine Abwärtsspirale zu Lasten von bezahlbarem Wohnungsbau und Klimaschutz vermieden werden kann, haben der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (bbs), der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) in einem gemeinsamen Positionspapier adressiert.

Damit die Baukapazitäten erhalten bleiben und weiter Impulse für bezahlbaren Wohnungsbau und energetische Modernisierungen gesetzt werden können, werden im Papier attraktivere Rahmenbedingungen eingefordert.

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie: „Unsere Befürchtung hat sich bestätigt, dass die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen nicht der Preisentwicklung anpassen wird. Dadurch fällt das Investitionsniveau. Angesichts maroder Brücken, Straßen und Schulen müssen sich Bund, Länder und Gemeinden ihrer Verantwortung hinsichtlich einer funktionierenden Infrastruktur bewusst zu sein. Ansonsten ist Deutschland bald wieder der kranke Mann Europas. Es ist deshalb absolut dringlich, die Neubauförderung massiv aufzustocken und degressive Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren ab dem neuen Jahr einzuführen, allein um die Mehrkosten steigender gesetzlicher Standards zu finanzieren und mehr Wucht im Wohnungsbau zu erzeugen.“

Dr. Matthias Frederichs, bbs-Hauptgeschäftsführer: „Bauinvestitionen sind gerade in Krisenzeiten ein zentraler Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur und tragen zu regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung bei. Alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen dienen gleichermaßen den Bau- und Klimazielen der Bundesregierung. Die dafür notwendigen öffentlichen Mittel dienen dem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum und sind somit gut investiert.“

Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) betont die Notwendigkeit einer verlässlichen Förderkulisse im Bausektor: „Planungssicherheit und die Vermeidung von jeglichen neuen bürokratischen und finanziellen Lasten sind gerade für die mittelständischen Handwerksbetriebe von großer Bedeutung. Zu kurzfristigen Förderstopps darf es nicht mehr kommen, um die notwendige verstärkte Modernisierung des Gebäudebestandes nicht zu gefährden. Unter maßgeblicher Beteiligung des Handwerks kommt der energetischen Sanierung eine Schlüsselrolle zu, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten zu vergrößern.“

Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer Zentralverband Deutsches Baugewerbe betont: „In diesem Jahr wurde der Standard für die Förderung auf EH 40 verschärft – und damit die Baukosten um rund 30.000 Euro für ein normales Einfamilienhaus erhöht. Wir sehen, dass Energiekrise, Inflation und Zinskosten die Bauherren verunsichern. Wie im kommenden Jahr mit einer Milliarde Euro die gleiche Wirkung erzielt werden soll, wie in den vergangenen Jahren mit zehn Milliarden, ist völlig unklar. Um den Wohnungsbau voranzubringen und Bauherren zu entlasten, muss bei der Förderung privater Bauherren dringend nachgearbeitet sowie eine Sonder-Afa im Mietwohnungsbau wieder eingeführt werden.“

Das Positionspapier "Konjunkturmotor Bau erhalten, Klimaschutz voranbringen" steht unter <https://www.bauindustrie.de> zum Download bereit.